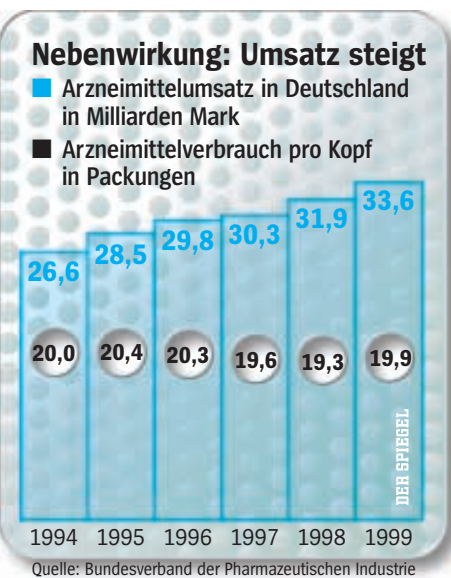


rund zwei Monate reicht. Meist wird das Mittel mit weiteren Präparaten kombiniert. Solche Kosten sprengen die Budgets jedes niedergelassenen Arztes. Die „medikamentöse Unterversorgung“, meint die Deutsche Parkinson Vereinigung, „ist zwischenzeitlich im Bereich Morbus Parkinson die Regel“. Die Kasseler Parkinson-Fachklinik „Paracelsus Elena“ hat in einer Umfrage festgestellt, dass die niedergelassenen Ärzte bei rund 18 Prozent ihrer sorgsam medikamentös eingestellten Patienten die Präparate wieder abgesetzt hätten. Typisch war dabei die Begründung eines Kollegen: „Regressforderungen pro Quartal je 80 000 Mark an mich“.

Auch Diabetiker, Bluthochdruckkranke sowie Patienten mit chronischer Bronchitis oder Rheuma werden längst nicht mehr immer optimal mit Medikamenten versorgt. Im voreilenden Gehorsam und aus Angst vor Rückforderungen bekamen viele Ärzte im Herbst „die Panik“, so der auf Arztrecht spezialisierte Hamburger Anwalt Jörg Hohmann, weil dann „das Knecht-Ruprecht-Ritual beginnt: von allen Seiten wird auf sie eingeknuppelt“.



Zu wenige Ärzte nehmen sich die Zeit, den Kassen teure Therapien für einzelne Patienten ausführlich schriftlich zu begründen – der einzige Weg, eine Rückzahlung abzuwehren. Viel einfacher ist es, Billigpräparate zu verschreiben. Medizinerin Stahl etwa schwört bei ihren Patienten mit Depressionen auf Remergil, ein Anti-Depressivum. Der Nachteil: 100 Tabletten, ausreichend für drei Monate, kosten 609,20 Mark, für einen männlichen Patienten hat die Psychiaterin aber nur rund 76 Mark, für Frauen gar nur 54,86 Mark im Quartal zur Verfügung. Das entsprechende Billigpräparat kostet 4,76 Mark für 50 Tabletten: „Die Kassen wären zufrieden, ich hätte keinen Ärger“, sagt Stahl, „nur der Patient wäre irgendwann süchtig davon.“

UDO LUDWIG, ALEXANDER NEUBACHER

## Offener Brief von Franz Alt an Angela Merkel

# „Viel Sinneswandel“

*Die CDU hat unter Angela Merkels Führung eine Kampagne gegen die Ökosteuer gestartet. Der Publizist Franz Alt, 62, einst CDU-Mitglied, erinnert die Parteichefin in seinem offenen Brief an frühere Äußerungen über eine ökologische Steuerreform.*

Liebe Angela Merkel, 750 000 Unterschriften für eine ökologische Steuerreform übergab ich Ihnen, als Sie im März 1995 Präsidentin des Weltklimagipfels in Berlin waren. Unterstützt von Politikern aller Parteien – aus der CDU gehörten Klaus Töpfer sowie Rainer Eppelmann, Arnold Vaatz, Lutz Wicke und der gesamte Bundesvorstand der Jungen Union dazu –, hatte die Aktion „Globaler Ökologischer Marshallplan“ für eine „Ökologische Steuerreform“ sowie für „Energieabgaben bei gleichzeitiger Abgabenentlastung der menschlichen Arbeit“ und für eine „Flugbenzinsteuer“ geworben.

Im Beisein vieler Journalisten sagten Sie mir damals beim Berliner Umweltgipfel: „Eine ökologische Steuerreform ist Voraussetzung für eine effektive Umweltpolitik. Ich unterstütze diese Forderungen und bin als Umweltministerin dankbar für das ökologische Engagement von 750 000 Bürgerinnen und Bürger.“

Heute nennen Sie den ohnehin recht bescheidenen rot-grünen Einstieg in eine ökologische Steuerreform eine K.-o.-Steuer. Wo aber bleibt die Begründung für den plötzlichen Sinneswandel?

Noch beim Klimagipfel in Kyoto Ende 1997 haben Sie eine konsequentere Klimaschutzpolitik gefordert. Das hat Ihnen viel Respekt der deutschen Umweltverbände eingebracht. Ihr heutiger Stellvertreter Christian Wulff hat sich damals in einem Fernsehinterview mit mir eindeu-

tig „für eine ökologische Steuerreform“ ausgesprochen – auch in seinem Wahlkampf in Niedersachsen gegen Gerhard Schröder Anfang 1998. Wolfgang Schäuble war über viele Jahre ein Streiter für die Ökosteuer.

Im CDU-Grundsatzprogramm haben Klaus Töpfer und Christian Wulff so eindeutig, klar und marktwirtschaftlich konsequent für eine Ökosteuer plädiert wie Sie selbst in Ihrem Buch „Der Preis des Überlebens“. Im CDU-Grundsatzprogramm steht: „Die Preise unserer Mobilität müssen die Kosten der Umweltbelastung und Naturnutzung widerspiegeln.“ Sie wissen, dass auch die heutigen Benzinpreise dies weder ökologisch noch ökonomisch tun. Ein Liter Spritverbrauch bedeutet, dass wir 10 000 Liter Luft verpesten. Was ist wichtiger: sechs Pfennig mehr pro Liter Benzin und ein bisschen Klimaschutz oder weiterhin Treibhauseffekt?

Jahrelang geschrieben und sprachen Sie bei Ihren Plädoyers für ökologische Steuern von „Verantwortung“ und „Bewahrung der Schöpfung“. Gilt das alles jetzt plötzlich nicht mehr, nur weil Sie in der Opposition sind?

Die rot-grüne Ökosteuer bietet sehr wohl Angriffsflächen für eine konstruktive Opposition: Es gibt zu viele Ausnahmeregelungen für die Industrie; dass auch für erneuerbare Energien Ökosteuer bezahlt werden muss, ist der Geburtsfehler der Steuer, und eine generelle Entfernungspauschale von 80 Pfennig je Kilometer erzeugt eher mehr als weniger Verkehr und ist damit ökologisch kontraproduktiv.

Setzen Sie doch an diesen Schwachstellen an, und Sie haben große Zustimmung – auch von den 750 000 Unterstützern des „Ökologischen Marshallplans“, unter denen viele CDU-Mitglieder und CDU-Wähler sind.



Alt, Merkel beim Berliner Weltklimagipfel 1995: „Gilt das nicht mehr?“